

Bezugspreis:

30 Pfennig pro Woche, monatlich 1,00, vierteljährlich 3,00, halbjährlich 5,50, jährlich 10,00. ...

Telegraphische Adressen:

„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moravian, Nr. 15190-15197.

Dienstag, den 8. Juni 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moravian, Nr. 11753-54.

Rücktritt der Regierung.

Berlin, 8. Juni. (WTA.) Das Reichskabinett hat sich heute mittag um 12 Uhr versammelt und dem Reichspräsidenten seine Demission angeboten. ...

340 Abgeordnete gewählt. 96 Sozialdemokraten.

Table with 2 columns: Party and Votes. Includes Sozialdemokratie (4721000), Unabhängigen (4123000), etc.

Demnach entfallen an Mandaten auf die Sozialdemokraten (einschließlich der ihnen aus den Abstimmungsgebieten bleibenden 18) 96,

- Unabhängigen 68, Deutsche Volkspartei (einschl. 2) 54, Zentrumspartei (einschl. 9) 54, etc.

Die Gesamtzahl der im Reiche abgegebenen Stimmen beträgt nach der bisherigen Feststellung 21.584.000 von etwa 30 Millionen Wahlberechtigten.

Die Sozialdemokratie bleibt danach die weitaus stärkste Partei, auch ohne die 18 Mandate aus den jetzt nicht wählenden Kreisen. ...

Wahlergebnisse.

Amtliches Wahlergebnis für Berlin.

Table with 2 columns: Party and Votes. Includes Sozialdemokraten (185280), Unabhängige (437166), etc.

4. Wahlkreis (Potsdam I).

S. P. D. 182764, drei Mandate, U. S. P. 242540, vier Mandate, Dem. 68259, ein Mandat, etc.

7. Wahlkreis (Weidenburg).

S. P. D. 167000, U. S. P. 44000, A. P. D. 4000, Dem. 44000, Dnat. 63000, etc.

9. Wahlkreis (Viegnitz).

Sozialistisches amtliches Wahlergebnis aus dem Wahlkreis 9 Viegnitz (Nieder-Sachsen). ...

11. Wahlkreis (Magdeburg-Anhalt).

Amtliches Wahlergebnis: S. P. D. 278149, U. S. P. D. 158355, etc.

16. Wahlkreis (Wefer-Em.).

S. P. D. 113551, U. S. P. 104288, Dem. 81830, etc.

Die Landtagswahlen in Bayern.

München, 7. Juni. Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Im bayerischen Staatsministerium des Innern lagen folgende vorläufige Ergebnisse der Landtagswahlen in Bayern vor: ...

Die Konferenz von Spa erst im Juli.

London, 7. Juni. Reuters erfährt, die Vertreter der Alliierten werden wahrscheinlich vor der Konferenz in Spa in London zusammenkommen. ...

Rotterdam, 7. Juni. Laut „Daily Chronicle“ werden die Ministerpräsidenten von England, Frankreich, Belgien und Italien an einer Brüsseler Besprechung teilnehmen, welche der Konferenz in Spa vorausgehen soll.

Gemeinderatswahlen in Irland.

Rotterdam, 7. Juni. „Observer“ zufolge sind die Gemeinderatswahlen in Irland so gut wie beendet; sie haben außer im Nordosten, Ulster und der Grafschaft Londonderry einen überwältigenden Erfolg der revolutionären Sinnfeiner gebracht.

Die Verhandlungen mit Krasin.

Amsterdam, 8. Juni. Wie aus London gemeldet wird, haben Lord Curzon, Bonar Law und andere Mitglieder der Regierung Krasin zum zweiten Male empfangen. ...

London, 7. Juni. (Unterhaus.) In einer Besprechung über die Verhandlungen mit dem russischen Vertreter gab Lloyd George auf die an dem Vorgehen der Regierung geübte Kritik eine energische Antwort. ...

Amerika als Weltfinanzier.

Washington, 7. Juni. (Hansa.) Das Kriegsdepartement meldet, daß die Vereinigten Staaten 112.997.000 Dollar an England und 898 Millionen Dollar an die übrigen Alliierten, davon 748.892.000 Dollar an Frankreich gezahlt, andererseits aber aus den im Auslande befindlichen Deeresbeständen 892.923.000 Dollar erzielt haben.

180.000 Kriegsgefangene in Rußland.

Amsterdam, 7. Juni. Nach einer Londoner Meldung erklärte Hansen einem Mitarbeiter des „Observer“, in Sibirien befänden sich wahrscheinlich noch 150. bis 180.000 Kriegsgefangene; einige tausend davon seien in Turkestan, deren Heimkehr die größten Schwierigkeiten verursache. ...

Hungersnot und Generalstreik.

Prag, 8. Juni. Wie das Prager Abendblatt meldet, ist die Arbeiterschaft in den Bezirken Karlsbad, Eibitz, Falkenau, Rebed, Graditz wegen Hungersnot in den Generalstreik getreten.

Rücktritt und Neubildung.

Wenn diese Zeilen in Druck gehen, dann dürfte der Rücktritt der bisherigen Reichsregierung vollzogene Tatsache sein. ...

Allerdings mag hier eine kleine Einschränkung gemacht werden. In dem Sinne, wie die Blätter der Rechten es behaupten, ist die Regierung nicht zum Rücktritt gezwungen, nämlich als ob sie durch ein „Volksgericht“ glattweg vernichtet worden wäre. ...

Wenn die reaktionäre Presse das Wachstum der beiden Rechtsparteien als den schlechtesten entscheidenden Gesichtspunkt ansieht, nach dem sich alles Künftige zu orientieren habe, so darf doch wohl daran erinnert werden, daß die Rechtsparteien nach ihren eigenen Schätzungen in der „Deutschen Tageszeitung“ und im „Lokal-Anzeiger“ auf insgesamt 125 bis 130 Mandate rechnen, d. h. höchstens drei Fünftel aller abgegebenen Stimmen. ...

Die bisherige Regierungskoalition dürfte demgegenüber noch immer die Hälfte der Mandate behauptet haben. Wenn sie gleichwohl zurücktritt, so entspricht das der Erwägung, daß die Demokratie zwar im Notfall auch mit 51 Prozent der Wähler gegen 49 Prozent regieren muß, daß dies aber kein erfreulicher und befriedigender Zustand ist. ...

Bei der Frage nach der Schaffung einer breiteren Regierungsmehrheit stehen allerdings sofort die Schwierigkeiten ein. Der Rücktritt des Kabinetts Müller ist die einzige klare, aber auch nur rein negative Konsequenz des Wahlausfalls. ...

Nun hat aber weder die Rechte noch die äußerste Linke einen derartigen Zugewinn erhalten um zur selbständigen Übernahme der Regierung befähigt zu sein. ...

Damit bleibt als einzige theoretische Möglichkeit zur Schaffung einer breiteren Regierungsmehrheit eine innere Umgruppierung der Parteien, d. h. praktisch gesprochen eine Erweiterung der bisherigen Koalition nach rechts oder nach links. ...

Die Sozialdemokratie lehnt die Beteiligung an einer nach rechts orientierten Koalition ab. Das Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien war für uns bisher schon ein schweres Opfer, es findet aber keine bestimmte Grenze an dem republikanisch-demokratischen Grundcharakter der Regierung. ...

bisher möglich war. Diese Plattform würde aber verkündigen, wenn eine Partei auf offen m. a. r. h. i. s. t. i. s. c. h. e. r. u. n. d. a. n. t. i. d. e. m. o. k. r. a. t. i. s. c. h. e. r. G. r. u. n. d. l. a. g. e. w. i. e. d. i. e. D. e. u. t. s. c. h. e. V. o. l. k. p. a. r. t. e. i. i. n. d. i. e. K. o. a. l. i. t. i. o. n. h. i. n. e. i. n. g. e. n. o. m. m. e. n. w. i. r. d. e. E. i. n. e. f. o. r. m. a. l. e. M. e. h. r. h. e. i. t. v. o. n. P. a. r. t. e. i. e. n. d. i. e. i. n. n. e. r. l. i. c. h. n. i. c. h. t. s. a. b. e. r. a. u. c. h. g. a. r. n. i. c. h. t. G. e. m. e. i. n. s. a. m. e. i. n. a. n. d. e. r. v. e. r. b. i. n. d. e. t. w. a. r. e. f. e. i. n. e. M. e. h. r. h. e. i. t. s. o. n. d. e. r. n. u. r. i. h. r. S. c. h. e. i. n.

Man kann nicht ohne Lachen sehen, wie dieselben Reaktionen, die mit dem demagogischen Geschrei von der „Futterkrippe“ gegen uns agitiert haben, uns jetzt für Vaterlandsverräter erklären wollen, weil wir ihnen ins Gesicht aussprechen, daß die Futterkrippe keinerlei Anziehungskraft auf uns ausübt. Wenn auch die gestrige Meldung eines Korrespondenzbüros nicht zutrifft, daß Herr Stresemann bereits beim Reichspräsidenten gewesen ist und sich als „Kochminister für sämtliche Branchen“ empfohlen hat, so demaschiert sich doch die Deutsche Volkspartei in ihrer Presse sehr in wunderbarer Weise. Ihr Loben über die „Schieberrepublik“ hatte nur den Zweck, die Beteiligung des in ihr organisierten schwerindustriellen Schiebertums an der Regierung zu erwirken. Ihre Taktik war die eines wegen schlechter Charaktereigenschaften von seiner Familie gemiedenen Individuums, das nun aus Rache an allen Ecken Klatsch und Verleumdung gegen seine Verwandten verbreitet, aber nur in der Hoffnung und mit dem Ziel, man würde ihn doch schließlich einmal einladen.

Wenn es die bürgerlichen Mittelparteien wirklich gelüftet, mit diesen politischen Verwandlungskünstlern zusammenzugehen, so mögen sie das tun. Aber dann freilich wird eine Mehrheit nur entstehen, wenn der Rechtsblock sich bis zur äußersten Rechten vervollständigt. Das aber würde wieder zu einem Abwürgen der Demokraten führen, womit abermals die Mehrheit gefährdet wäre, eine Mehrheit notabene, die dann immer noch von Erzberger bis Helfferich reiden müßte.

Für die demokratischen und sozialistischen Massen wäre diese Regierung freilich die denkbar verhassteste, sie wäre eine Wiederkehr des schwarz-blauen Blochs von 1910. Aber das Schicksal dieses Blochs bietet auch die Gewähr dafür, daß bei Fortbestehen der demokratischen Regierungsform die Tage dieser Regierung sehr bald gezählt sein würden. Freilich nur bei Fortbestand der Demokratie. In diesen Worten liegt das große Risiko, das eine solche Regierung für uns birgt. Vermeiden läßt es sich nur, wenn die Unabhängigen mehr politische Einsicht zeigen als bisher und eine Erweiterung der Koalition nach links hin möglich machen.

Als kleine Oppositionspartei konnten sie sich den Luxus der Verantwortungslosigkeit leisten. Jetzt, wo sie mitauschlaggebend geworden sind, würde sie die Last der Verantwortungslosigkeit mit der schwersten Verantwortung beladen.

## Was nun?

### Weitere Pressestimmen zur Reichstagswahl.

Die heutige Morgenpresse ist zum Teil noch mit der Beurteilung der Ergebnisse des 6. Juni beschäftigt, zum Teil aber wendet sie sich bereits den kommenden Ereignissen zu und nimmt Stellung zu den etwaigen Möglichkeiten der bevorstehenden Regierungsneubildung. Mit der einschlägigsten Bemerkung, daß die bisher aufgestellten Kombinationen nicht viel mehr als ein Rätselraten bedeuten, geben wir im folgenden einige Pressestimmen wieder. Eine „führende Persönlichkeit“ der Deutschnationalen äußerte sich dem „Lokal-Anzeiger“ gegenüber wie folgt:

Es fragt sich nun, welche Politik die Sozialdemokraten treiben wollen. Es ist eine rein bürgerliche Koalitionsbildung möglich, auf der anderen Seite aber auch eine Koalition Deutsche Volkspartei bis S. P. D. bzw. Deutsch-

national bis S. P. D. Als dritte Möglichkeit ist auch ein Kabinett Demokraten—Unabhängige zu erwägen. Es erscheint aber mehr als fraglich, ob der Berliner demokratische Abgeordnete v. Siemens mit Luise Fiebig und Eichhorn das Jahrhundert in die Schranken fordern möchte.

Beinahe also soviele Möglichkeiten wie Parteien. Daß der deutschnationale Vertreter wiederum auf das Sachministerium zurückgreift, ist nicht neu. Wir haben es hier mit der gleichen Forderung zu tun, die schon energig von Kapp und Lüttich in dem bekannten Ultimatum an die Reichsregierung aufgestellt wurde. Eine Koalitionspolitik einzuschlagen, erscheint dem Auskunftsgeber für seine Partei nicht ratsam; für den Fall, daß die Linksradikalen auf Grund ihrer Reichstagsmandate Ansprüche stellen könnten, „die mit dem Mehrheitswillen des Volkes nicht im Einklange stehen“, stellt er wichtige Entscheidungen der deutschnationalen Partei in Aussicht.

Die schwerindustrielle „Post“ bejubelt in dem Abstimmungsergebnis am meisten die Erstarbung des Völkertums. Auch jetzt noch, wo sie es aus wahlagitatorischen Gründen doch gar nicht mehr nötig hat, malt sie das Gespenst des Bolschewismus an die Wand. Wie es in Wirklichkeit mit der bolschewistischen Strömung in Deutschland steht, dürfte das für die Kommunisten überaus ungünstige Wahlergebnis zur Genüge bewiesen haben. Wenn, was wäre die Reaktion ohne das Schreckgespenst des Bolschewismus? Der Bolschewismus war der Schlachtruf, der die Reaktion stärkte. Würde diese heute zugeben, daß kein Boden für ihn in Deutschland besteht, so würde sie damit die ganze Verlogenheit ihrer Wahlkampagne enthüllen. Für den Augenblick begnügt sich die „Post“ mit der Schmungelnden Feststellung, daß die alte Regierung erledigt ist. Ob die Freude dauern wird?

Die „Deutsche Zeitung“ charakterisiert den Wahlerfolg der deutschnational-antidemokratischen Rechtsparteien in einer Weise, die man nur auf Unbedachtsamkeit zurückführen kann. Sie erklärt nämlich, jetzt den Beweis dafür zu haben, wie unrichtig die Behauptung sei, „daß die Republik und die parlamentarische Regierungsform auf die Masse der Staatsbürger politisch erzieherisch wirke.“

Man darf hieraus also schließen, daß die „Deutsche Zeitung“ die Erfolge der Reaktion auf den Mangel an politischer Reife des deutschen Volkes zurückführt. Merkt es dir, deutsches Volk! Wir möchten aber entgegen, daß allerdings das republikanisch-parlamentarische System politisch erzieherisch wirkt; nur muß diese Erziehung eine ganze Weile dauern, wenn man gerade aus dem wilhelminisch-obrigkeitsstaatlichen Verdummungssystem herausgekommen ist.

Interessant ist die Stellungnahme der „Germania“, des führenden Blattes der Zentrumspartei. Man hat den Eindruck, daß hier einer Koalition zwischen Zentrum und Deutscher Volkspartei — wenn auch leise zunächst nur — das Wort geredet wird. Das Blatt schreibt:

Auch ein solches Ergebnis der Wahl hat man auf unserer Seite von Anfang an in Rechnung gestellt, wie man ja gerade in Zentrumskreisen immer wieder der Meinung gewesen ist, eine Verbreiterung der Koalitionsbasis werde nach den Wahlen wenn nicht unumgänglich notwendig, so ganz gewiß dringend wünschenswert sein, sofern überhaupt in der im Vorjahr eingeschlagenen Richtung grundsätzlich weiter gearbeitet werden soll bzw. — werden kann.

Das heißt doch nichts anderes, als dem bisherigen Feinde goldene Brücken bauen!

Ganz offen, zu der Verbindung mit der Deutschen Volkspartei bekennt sich die „Morgenpost“. In einem „Wie es kam und was nun wird“ betitelten Artikel schreibt das Blatt:

Deshalb wäre eine Koalition der Deutschen Volkspartei mit den bisherigen Regierungsparteien das natürlich Gegebene. Zwar hat Reichszentraler Hermann Müller im Wahl-

kampf ein Nie-mals gesprochen. Doch so manches Nie-mals hat sich schnell gewandelt, auch Scheidemanns Hand ist nicht verdrort, und Hermann Müller konnte als Reichszentraler mancher sagen, das er nicht zu tun braucht, wenn er nicht mehr Kanzler ist.

Wir glauben, der „Morgenpost“ zusichern zu können, daß ihre Vermutung irrig ist. Auch die gütige Bemerkung dem Genossen Scheidemann gegenüber ist unzutreffend; denn bekanntlich zog Scheidemann seinerzeit die Konsequenz aus der von ihm vertretenen Ueberzeugung, indem er den Friedensvertrag nicht unterzeichnete und seinen Posten als Ministerpräsident niederlegte. Die „Morgenpost“ ist im Irrtum, wenn sie glaubt, daß unsere Genossen heute anbeten werden, was sie gestern verbrannt haben. Sollte etwa Herr Stinnes mit der Redaktion der „Morgenpost“ Fühlung genommen haben?

Das Berliner Tageblatt charakterisiert das Wahlergebnis vom Sonntag sehr richtig als ein Dokument der Gefühlspolitik.

Der Kranke, der ungeschuldig wird, weil die Kunst der Ärzte seinen Leiden nicht schnell genug Binderung bringt, legt sich auf die andere Seite. So hat das deutsche Volk, Todes-Krank an den Folgen eines furchtbaren Krieges und eines furchtbareren Friedens, den Versuch gemacht, sich auf die andere Seite zu legen.

Wenn wir die bestimmte Vermutung aussprechen, daß diese Umlagerung dem deutschen Volk nur neue und heftigere Schmerzen bereiten wird, so geschieht diese Feststellung in tiefstem Bedauern, aber ohne jede Schadenfreude. Hierzu ist die Situation zu ernst.

## Eigentümliches aus Polzin.

Nachstehender Bericht geht uns aus Bad Polzin mit der Bitte um Veröffentlichung zu:

Die Wahl nahm hier einen eigenartigen Charakter an. Es fiel auf, daß gerade von den linksstehenden Wählern eine große Anzahl nicht in den Wählerlisten standen und infolgedessen auch nicht wählen konnten. Deshalb steigerte sich die Empörung derartig, daß die beiden Wahllokale „gesprengt“ wurden. Um 12 Uhr mittags mußte die Wahl für ungültig erklärt werden. Höhere Stellen sind benachrichtigt.

Die aufgelaute „öffentliche Meinung“. Die „Münch. Neuesten Nachrichten“ bringen heute folgende Notiz: Da infolge einschneidender Änderungen in dem Anteilseißer der Firma „Münchener Neueste Nachrichten“ ein Wandel in der politischen Haltung des Blattes bevorsteht, haben der bisherige Hauptredakteur, Leiter und sein Stellvertreter, der Schriftleiter für die deutsche Politik, bis zur endgültigen Regelung der künftigen Verhältnisse einen Urlaub angetreten. — Herr Stinnes hat seine Hand auch auf die „Münchener Neuesten Nachrichten“ gelegt, da müssen die Schriftleiter verschwinden.

Verzettel in Innsbruck. Die Ärzteschaft der Krankenhäuser ist wegen Nichterfüllung ihrer seit sechs Monaten an das Staatsamt für Unterricht gerichteten Forderungen in den Ausstand getreten. Die medizinische Ärzteschaft der Universität hat sich angeschlossen.

Robert Seibel, der bekannte Schulpädagoge und Privatdozent an der Universität Jülich, wird als Sachverständiger an der Reichsschulkonferenz teilnehmen und im Zusammenhang damit in Berlin einige Vorträge halten.

Es lebe der Streikführer! Das Schöffengericht in Frankfurt a. M. verurteilte drei Ver sicherungsangestellte wegen Nötigung zu Geldstrafen von 100 bis 200 M., weil sie als Streikposten gelegentlich des Streiks im Versicherungsbüro Arbeitswille bedroht und gehindert hatten, die Geschäftsräume zu betreten. Im Urteil heißt es, daß als Erregungssache der Revolution die persönliche Freiheit und damit das Recht der Arbeit geschützt werden müsse. — Dem Schöffengericht ist augenscheinlich entgangen, daß der § 153 der Gewerbeordnung aufgehoben ist. Ihn auf dem Umwege über die Nötigungspatographen wieder einzuführen, lag sicher nicht in der Absicht der Entscheidung.

## Reichsgründung und Kommune.

Von Dr. Conrad Schmidt.

Unter dem Titel „Reichsgründung und Kommune“ hat A. Conrad, der sozialdemokratischen Reservist seit Jahren durch seine historischen Artikel wohl bekannt, eine Sammlung der Schriften und Auslegungen von Marx und Engels, die sich auf die Ereignisse von 1870/71 beziehen, mit historisch-kritischen Erläuterungen im Verlag der Buchhandlung Vorwärts erscheinen lassen. Da findet man den halberzählenden, aus Engels' Nachlass vor etwa zwei Jahrzehnten in der „Neuen Zeit“ abgedruckten Aufsatz „Gewalt und Ökonomie“, der die allgemeinen, im Schlußabschnitt seines Diktando-Buches entwickelten Grundgedanken über das Verhältnis von Ökonomie und Gewalt durch eine Darstellung der deutschen Einheitsbestrebungen und Reichsgeschichte ergänzt und erläutert soll; ferner die Adresse des Generalrats der Internationale über den Deutsch-Französischen Krieg und Marx' berühmte Flugblätter über den Kommunaufstand; „Der Bürgerkrieg in Frankreich“; die Einleitung, die Engels zu der dritten Auflage dieser Broschüre geschrieben, seine Polemik: Das Programm der blutigen Kommunaufstände vom Jahre 74; endlich Auszüge aus Marx-Engels-Briefen, die vom Krieg und der Kommune handeln.

Viele in diesen Auslassungen strapaziert wie durch die Nacht und Nacht der Sprache, so durch die Schärfe und den Weitblick der Borausicht. Wie hat sich nicht all das Unheil, das Marx und Engels aus der Annexion von Elsaß-Lothringen für ganz Europa und die weitere kulturelle und soziale Entwicklung hervorgehen sahen, dann später in der Gestaltung der internationalen Politik, die in die furchtbare Katastrophe dieses Weltkriegs ausmündete, bestätigt! Aber ebenso verweist sich von selbst, daß auch vieles, was unter dem unmittelbaren Eindruck der Ereignisse von ihnen im Tonelampf und für Zwecke desselben geschrieben wurde, eine konzentrierende Ergänzung und teilweise Verdrängung auf Grund der späteren Ereignisse und der leichter verfügbaren Dokumente, die das Ereignis mit neuem Licht beleuchten, verlangt. Der wichtigsten Aufgabe, den Leser an der Hand des mächtig angewachsenen historischen Materials summarisch kurz zu orientieren, hat sich der Herausgeber mit einem eindringlichen Ernst und einer Bewusstseinsregung gewidmet, die Dank verdienen. „Gestaltung der historischen Methode von Engels und Marx“ — sagt er im Vorwort treffend — „verpflichtet nicht zur Annahme aller Ergebnisse, zu denen sie gelangt sind.“ Und ebenso würden die beiden, was Conrad im Anhang daran wieder über die Methoden des Historikers, jeder Art Gegenüberstellung entgegenzusetzen, ausfüllt, Wort für Wort unterschrieben haben.

Die Einleitung, die Conrad dem ersten Reichsgründung und Kommune“ betitelten Abschnitt voranschickt, bringt, auf gründliches Studium gestützt und dabei in durchsichtig geordneter Form, eine Darstellung der Dismarckischen, auf eine Einigung Deutschlands unter preussischer Führung abzielenden Politik bis zu dem Ab-

schluß des Krieges. Conrad hebt Geist und Sinn jenes Engelschen Aufsatzes „Gewalt und Ökonomie“, die historische Bedingtheit und relative Notwendigkeit dieser Entwicklung hervor, rückt aber die Schwerepunkte, mit denen Bismarck zu kämpfen hatte, und damit zugleich die Größe seiner realpolitischen Leistung in ein weit helleres Licht. Die Absolutitäten Preußens und Oesterreichs im Bunde werden eindrucksvoll gezeichnet. Dazwischen auch die Kämpfe, die Bismarck mit seinem eigenen Monarchen, dem eigensinnig-eigenmächtigen Wilhelm I. zu bestehen hatte, der den Sieg über Oesterreich im dynastischen Hausmachtinteresse durchaus dazu benutzen wollte, sein preussisches Gottesgnadentum durch möglichst umfangreiche Annexionen zu erweitern, statt zu bedenken, daß Preußen sich Oesterreich so zum unversöhnlichen Feinde machen würde. Schon bei Gelegenheit des Frankfurter Friedensgesprächs, wo ihm die wunderlichen Seitenhänge des alten Herrn viel zu schaffen machten, hatte Bismarck mit beständigem Blick von „den alten Schimmel“ gesprochen, „der, kaum daß man ihn an den Rand des Grabens gespart, mit einem mächtigen Sege wieder zurückkehrt“. Und dieser Rolle eng-dynastischer Beschränktheit blieb Wilhelm auch nach Sedan, als die Bedingungen zu dem Zusammenschluß des Deutschen Reichs gegeben waren, treu. Die Verhandlungen über die Annahme der Kaiserkrone lesen sich in Conrad's durchgehend unerschütterlich besonnenem Bericht zum Teil wie Szenen einer satyrisch-parodistischen Komödie.

Die ganze Geschichte war dem Breitenkönig, da er eine Vereinträchtigung seiner Selbstherrlichkeit davon befürchtete, von Herzen unympathisch. Eine gewisse Verdrängung gewährte es ihm, daß er die Kaiserkrone wenigstens aus der Hand der deutschen Fürsten, nicht von einem Parlament des deutschen Volkes empfangen sollte. Aber dann konzentrierte sich seine ganze geistige Energie auf die schicksalsschwere Streitfrage, ob der Titel „Kaiser der Deutschen“ oder „Kaiser von Deutschland“ zu lauten habe. Bei dem großen feierlichen Festakt am 18. Januar 1871 im Versailler-Schloß war der alte Herr auf Bismarck, durch den er sich in der Titelfrage für dilettant hielt, so stolz, daß er ihn, wie dieser selbst in einem Brief erzählt, in auffälliger Weise kinnete.

Auch bei den preussischen Militärs blieb Bismarck vielfach auf Widerstand. Das politisierende Generalkommando, von dessen Übergriffen in die politische Führung man im Weltkrieg so flagrant verhängnisvolle Proben erlebt hat, unterlag ganz im Geist militärisch-brutaler Gewalttätigkeit die Wilhelmssinnliche Annerkennung im Jahre 1890 und setzte gegen Bismarck im Verfall der Frieden's Einverleibung des französischen Lothringens mit Weich in Deutschland durch. Auch die Inkorporierung Tals, Bels und Lüttichs durch den General Vogel von Falckenstein wegen ihrer Proteste gegen die bestmögliche Annexion kommt auf das Konto der Militäraristokratie. Bismarck verheißte sich nicht, wie kompromittierend solche Maßregeln wirken mußten. Sehr eingehend wird die Vertretung der Verhältnisse, die zu dem 70er Krieg führten, dargelegt. Daß Napoleon, um dem Revanche für Sadowa' verlangten Geheiß der französischen Chauvinisten Gehör zu tun und damit seinen Thron zu heiligen, nach Gelegenheit spähe, Deutschlands Zusammenschluß zu hintertreiben,

Kompensationen zu erhalten resp. mit den Waffen das linke Rheinufer für Frankreich zu erobern, lag offenkundig auf der Hand. So mußte unter diesen Umständen, auch nach der Auffassung von Marx und Engels, wenn Deutschland auf seine Einigung nicht verzichten wollte, mit der Höflichkeit, ja vielleicht Unaufrichtigkeit eines blutigen Völkereampfes gerechnet werden. Daß Bismarck diesen Krieg indes gewünscht oder sein Kommen zu beschleunigen verdrückt hat, ist aber nicht erwiesen. Von Interesse ist in dieser Hinsicht ein von Conrad zitierter Bericht des französischen Vorkämpfers Benedetti aus dem Jahre 1868. Daß gerade der spanische Erbfolgestreit, bei dem irgendwelche realen nationalen Interessentragen von irgendwelchem erkennbaren Gewicht weder auf französischer noch auf deutscher Seite vorliegen, den Stein ins Rollen bringen würde, wird Bismarck kaum vermutet haben. Der von Napoleon an den preussischen König gestellten Forderung, die Kandidatur des Hohenzollernprinzen Leopold auf den spanischen Thron zurückzugeben, war dieser nachgekommen. Aber der Uebermut des französisch-donapartischen Chauvinismus, der durch die Stellung neuer Forderungen der preussischen Regierung eine eklatante Demütigung herbeiführte und, wenn dieselbe sich nicht unterwarf, an die Waffen appellieren wollte, trieb die Dinge zum Bruch. Die Auffassung des Reichs, daß Bismarck's Umformulierung der Emser Depesche den entscheidenden Anstoß zur französischen Kriegserklärung gegeben habe, hält Conrad, entgegen Bismarck's eigener Darstellung in dessen „Gedanken und Erinnerungen“, für unzutreffend. Zwar habe man diese Depesche in Frankreich als Grund vorgehalten, aber eine genauere Nachprüfung der Vorgänge lasse keinen Zweifel, daß andere Momente, vor allem eine diplomatische Erklärung Bismarck's dem englischen Vorkämpfer gegenüber, die der französischen Regierung bekannt geworden war, den Ausschlag gaben.

Besonderes Interesse hat die rückwärtige Betrachtung auf die Verhältnisse und Stimmungen, die nach dem Sieg zu der verhängnisvollen Annexion des Elsaß führten. Die Ansicht Conrad's, daß auch ohne Landabtretung der Reichsangehörigen in Frankreich fortgedauert haben würde, kann sich gewiß auf mangelhafte Beobachtungen und Tatsachen berufen. Aber kein derartiges Argument vermag darum dem prinzipiellen Standpunkt, den Marx und Engels um mit ihnen die deutsche Sozialdemokratie in dieser Frage vertreten, Abbruch zu tun. Eine soziale Demokratie muß an dem Grundlag des Selbstbestimmungsrechts der Völker unentwegt festhalten; jede Verletzung desselben im Leben der europäischen Nation tendiert dahin, dem Völkervertrag abträglicher Leidenschaften, die in dem Schade der Annexion fortwährend, handige Kriegesgefahr bedeuten, neue Nahrung zuführen. Seine Arbeit ist so groß, daß sie nicht Anhänger gewinnen könnte. So hätte man vielleicht auch ohne Annexion eine völlig sinnlos weitere Revanchepropaganda in chauvinistischen Kreisen der französischen Bevölkerung erlebt. Aber diese Sinnlosigkeit würde ohne jene blühende Wunde des wider seinen Willen von Frankreich abgetrennten Elsaß in der Politik eines demokratisch sich selbstbestimmenden Volkes keinesfalls irgendwelchen dominierenden Einfluß gewonnen haben.

Ebenso anwendbar als der Rückblick auf die Phasen Bismarck'scher Politik ist die Darstellung des Kommunaufstandes.



